

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Rieser & Winterlich, Riesa.
Herausg. Nr. 22.

Postamt: Leipzig 3100.
Strolche Nr. 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 95.

Montag, 26. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibfläche (7 Spalten) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Hohe Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Zeitschrift an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorforderung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Föhnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die nachstehend unter O aufgeführten Änderungen einzelner Preise der Deutschen Arzneyzeitung 1920 treten am 24. April 1920 in Kraft mit der Maßgabe, daß gleichzeitig die entsprechenden Preise der vierten Ausgabe der Arzneyzeitung 1920 außer Kraft treten.
Dresden, den 23. April 1920. 830 IV Mb

Ministerium des Innern.
O Crocotal 1 g 3.10 Mk., 10 g 24.85 Mk., 100 g 198.80 Mk.
Es wird erneut darauf hingewiesen, daß erlegte Dismarratten nicht mehr an das zoologische Institut zu Exarandt, sondern an die Direktion des zoologischen Gartens zu Dresden einzuweisen sind. (Vgl. Bekanntmachung in der Sächsischen Staatszeitung Nr. 162 vom 19. Juli 1919.)
Dresden, den 15. April 1920. 844

Pachtvermittlungsamt.

Die bei der unterzeichneten Amtshauptmannschaft bestehende Mietvermittlungsstelle ist gemäß Punkt 2 der Ausführungsverordnung des Ministeriums des Innern vom 25. Oktober 1919 (Sächs. Staatszeitung vom 27. Oktober 1919) zur Kleingarten- und Pachtlandordnung vom 31. Juli 1919 (R. G. Bl. Seite 1371) zum Pachtvermittlungsamt erweitert worden.

Zu Besitzern desselben sind 4 Personen aus den Kreisen der Grundstückeigentümer und der Kleingärtner nach Vorschlag der betreffenden Organisationen berufen worden.

Gemäß Punkt 4 der obenangeführten Ausführungsverordnung in Verbindung mit dem vom Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — erlassenen Richtlinien ist das Pachtvermittlungsamt ermächtigt, bezüglich Landflächen, deren Umfang 1250 qm nicht übersteigt,

- auf Anrufen eines Pächters oder Verleiherers
a) über die Wirksamkeit einer Kündigung des Verpächters oder Verleiherers und über die Fortsetzung des gekündigten Pacht- oder Leihverhältnisses jeweils bis zur Dauer von sechs Jahren zu bestimmen,
b) ein ohne Kündigung ablaufendes Pacht- oder Leihverhältnis jeweils bis zur Dauer von sechs Jahren zu verlängern;
- auf Anrufen eines Verpächters oder Verleiherers
a) in den Fällen der Nr. 1 das Pacht- oder Leihverhältnis vor Ablauf der festgesetzten Frist aus wichtigen Gründen aufzuheben,
b) einen mit einem neuen Pächter oder Verleiherer abgeschlossenen Pacht- oder Leihvertrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß Nr. 1 oder von einem vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Vergleich getroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufzuheben;
- auf Anrufen eines Verleiherers in den Fällen der Nr. 1 das Leihverhältnis in ein Pachtverhältnis umzuwandeln.

Die Vorschriften des § 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2, 3, §§ 7 bis 9, 13, 14 der Bekanntmachungen zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1140)

sowie die Bestimmungen der Anordnung für das Verfahren vor den Einigungsämtern vom 23. September 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1146) finden entsprechende Anwendung.
Großenhain, am 24. April 1920.
566 c.c. Die Amtshauptmannschaft.

Bekanntmachung.

Der Kommunalverband Großenhain hat die örtliche Sammelstelle für Butter und Quark, die bisher in den Händen des Herrn Otto Dege, Riesaerstraße 16, Laa, der Warenverteilungsstelle des Consumvereins, Herrn Lagerhalter Otto Hannes, Dittstraße 8, von heute ab überträgt.
Die Erzeuger von Gröbba und Forberge werden ersucht, ihre Erzeugnisse von jetzt ab nicht mehr bei Herrn Otto Dege, sondern bei Herrn Otto Hannes abzuliefern. Des Weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß von jetzt ab sämtliche Kranken-, Urlaubers- und Schiffermarken, die Gahmwirte und Bäckereien, durch die Warenverteilungsstelle des Consumvereins Herrn Lagerhalter Otto Hannes, Dittstraße 8, beliefert werden. Dasselbe werden auch Anmeldungen zur Kundenliste auf Belieferung von Butter und Quark entgegengenommen.
Gröbba (Elbe), am 24. April 1920. Der Gemeinderat.

Volksbad in Gröbba betr.

Die Verwaltung des Volksbades hat sich mit Rücksicht auf die wesentlich gestiegenen Unkosten für die Zubereitung des Bades veranlaßt gesehen, mit Wirkung von heute ab die Preise der Bäder wie folgt neu festzusetzen:
1 Bannenbad 2,50 Mark,
1 Frauenbad 1,50 Mark.
Die Badefarten zu den alten Preisen verlieren somit ihre Gültigkeit.
Gröbba (Elbe), am 26. April 1920. Der Gemeinderat.

Bekanntmachung.

Das Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — hat dem Gemeinderat von Gröbba mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums die Verweisung erteilt, von dem Verfügungsberechtigten einer unbewohnten oder einer freierwerbenden Wohnung oder von Vätern, die zur Einrichtung von Wohnungen geeignet sind, deren sofortige Ueberlassung an den Gemeinderat zwecks weiterer Vermietung an Einwohner, die sonst kein Unterkommen finden, gegen ein von der Mietvermittlungsstelle der Amtshauptmannschaft festzusetzendes Entgelt zu verlangen. Als freierwerbend gelten die Räume im Außenbereich der Kündigung vom künftigen Auszugstage an, und zwar auch dann, wenn über sie vom Verfügungsberechtigten im Augenblick der Kündigung schon weiter verpachtet worden ist.
Dernach bedarf die Vermietung von Räumen der bezeichneten Art der Genehmigung des Gemeinderates, die er nach ausdrücklicher Anordnung des Landeswohnungsamtes verlangen darf, wenn er selbst die Räume mietet und weiter vermietet.
Gröbba, am 24. April 1920. Der Gemeinderat.

Aufstellung von Richtlinien in San Remo.

Die „Vossische Zeitung“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß in einer gestern vormittag abgehaltenen privaten Unterredung zwischen Lloyd George und Millerand nach dreitägiger Beratung folgende Richtlinien vereinbart worden sind:
1. Die Verbündeten werden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entwaffnung Deutschlands entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages dringen;
2. Das Ersuchen Deutschlands um Erhöhung seines Decker wird ebenso wie die von Deutschland geforderte schwere Artillerie und der Flugpark abgelehnt;
3. Deutschland erhält die Ermächtigung zu einer Bekämpfung seiner Polizeitruppe, die Entente behält sich jedoch das Recht einer künftigen Kontrolle über die Tätigkeit und die Bekandhelfer der deutschen Polizeitruppe vor;
4. Deutschland erhält Vorschüsse in Gestalt von Geld und Rohstoffen, um seine Industrie in Gang zu setzen und so seine sekundären Verpflichtungen erfüllen zu können.

Eine gänzlich neue Politik.

Zu der gestrigen Verhandlung zwischen Lloyd George und Millerand über den Friedensvertrag von Versailles sagt Jules Sauerwein im „Matin“, daß eine gänzlich neue Politik beginne. Die finanziellen und militärischen Bestimmungen würden abgeändert. Frankreich erkläre öffentlich, daß es keine Annexionsabsichten habe, weder am Rhein, noch an der Ruhr. Die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands würden grundsätzlich festgesetzt werden, jedoch stehe noch nicht fest, ob man eine Summe ein für allemal, für die laut „Petit Journal“ von England 50 Milliarden vorgeschlagen worden seien, festsetzen wolle, oder von Jahr zu Jahr nur den nächstfälligen Beitrag, je nach dem Stand von Deutschlands Wirtschaft. Jedenfalls solle vor der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel eine Zusammenkunft mit dem deutschen Kanzler oder einem anderen Minister stattfinden, um alle Fragen endgültig zu regeln. Sauerwein meint jedoch, Millerand habe die Bedingung gestellt, daß die zu erörternden Fragen unter den Alliierten geregelt würden, und daß die Deutschen nur über die Art der Ausführung verhandeln dürften.

Allmählich steigende Jahreszahlungen.

„Echo de Paris“ berichtet aus San Remo, Ministerpräsident Millerand habe als Zahlungsplan der von Deutschland zu leistenden Entschädigung allmählich steigende Jahreszahlungen auf 30 Jahre empfohlen, keine Jahreszahlung solle jedoch geringer als 3 Milliarden sein.

Zur Entwaffnung im Ruhrgebiet.

Zur Durchführung der Entwaffnung im Ruhrgebiet hat, wie von vorhergehender Seite mitgeteilt wird, württembergische

aische Reichswehrverbände in Herforn und Umgegend eingedrungen. Im Ruhrgebiet würden die Orte Reckum, Hüfen und Bruchhausen ebenfalls von Württembergern besetzt. Bayerische und preussische Truppen sind mit der Entwaffnung der Bevölkerung in Hamm, Hiesfeld, Dortmund und Umgebung beauftragt. Die bayerische Fliegerabteilung wird nach Schleißheim, die württembergische nach Böblingen abtransportiert.

Das Vorgehen der Japaner in Aken.

Die japanische Flotte hat die Nachricht des „Avanti“ von einem Vorhaben japanischer Truppen im asiatischen Ozean bestätigt. Der „Avanti“ fordert das gesamte Proletariat Italiens zu einem Protest gegen den drohenden neuen Krieg auf, der nach seiner Ansicht nicht von Japan allein, sondern von allen Verbündeten beschlossen worden ist.

Der Streit in Elsch-Bohringen.

„Matin“ meldet aus Driedorf, alle Fabriken mit Ausnahme einer einzigen, gegen die sich Kundgebungen richteten, seien stillgelegt. An verschiedenen Orten seien die Soldaten von Kundgebungen angegriffen worden. Man habe ihnen die Gewehre abgenommen und diese vernichtet. Die Truppe besitze keine Patronen. In Driedorf selbst hätten Kundgebende mit der roten Fahne die Stadt durchzogen und revolutionäre Plakate aufgehängt. Die Bewegung sei nicht wirtschaftlich, sondern revolutionär.

Neue Streitabsichten der französischen Eisenbahner.

Der Kongress der französischen Eisenbahner hat mit 196 208 Stimmen gegen 123 012 Stimmen bei 13 130 Enthaltungen das Verhalten des ehemaligen Verwaltungsrates gebilligt, jedoch der bekannte Sekretär Bidgaray mit seinen Kollegen sein Amt niedergelegt. Es wurden neue Gewerkschaftssekretäre gewählt, die die schärfere Tonart vertreten. Diese ist auch am Nachmittag in einer Entschleunigung, die das Programm der Gewerkschaft festlegt, zu Tage getreten. Nach einer Beratung des neuen Verwaltungsrates wurde eine Tagesordnung angenommen, daß die Regierung nicht für die aus Anlaß des letzten Eisenbahnstreiks gemäßigten Beamten einzutreten wolle, ein sofortiger Ausbruch ins Auge gefaßt werde, der nur dann beendet werden soll, wenn folgende vier Punkte angenommen würden:
1. Verhaftung,
2. Wiederherstellung der Gemahregelten,
3. Niederschlagung aller strafrechtlichen Verfolgungen,
4. Anerkennung des Gewerkschaftsrechts.
Diese Tagesordnung wurde mit 171 637 Stimmen gegen 147 282 Stimmen bei 13 508 Enthaltungen angenommen. Der Führer der Eisenbahner Monmousseau erklärte, eine sofortige Arbeits Einstellung solle nicht heißen: morgen vormittag. Man müsse dem neuen Verwaltungsrat Zeit lassen, sich einzurichten, die Kundgebungen zu bestimmen, seinen Gewerkschaftsführenden Rat zu wählen, kurzum sich zu organisieren. Sofort bedeute: in kürzester Frist.

Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Unter Teilnahme von 39 Delegierten aus dem Lande, darunter die Minister Dr. Grabnauer, Ullig, Schwarz, ferner Roske und Kollmann, wurde heute vormittag 12 Uhr die Landeskonferenz der sozialistischen Partei Sachsens eröffnet. Das Mitglied der Nationalversammlung Schmidt-Reichen begrüßte die Konfirerens. Es wurde zunächst ein Büro gewählt (Stadttrat Eggert-Dresden und Dr. R. Schmidt-Reichen) und darauf über die politische Lage in Sachsen referiert. Das Referat erstattete Volkstammesmitglied und Parteivorstand Sinderman. Der Referent glaubte feststellen zu müssen, daß vom Exekutivprogramm noch nicht ein Tüpfelchen preisgegeben worden sei. Es werde sich zeigen, wie sich die Unabhängigen behaupteten. Der Wahlkampf müsse sich gegen rechts richten. Trotz der Tatsache, daß zur Wahl im Juni die Lebensmittelpreise am brüderlichsten sein werde, gehe man mit frischem Optimismus in den Kampf. Die Demokraten den Unabhängigen zuliebe aus der Regierung auszuhalten, sei eine Unmöglichkeit. Der Referent forderte energisch die Hochhaltung der Parteiflagge.
In der Aussprache sprach namens der Chemnitzer Richtung Schwarz-Chemnitz. Er forderte eine sofortige und energische Demokratisierung der Verwaltung, der von den oberen Beamten Widerspruch entgegengeleitet werde. Weiter forderten die Arbeiter der Industrie die Sozialisierung der Bodenschätze und Energiequellen, ferner des Großgrundbesitzes. Auch die Bekämpfung des Schieber- und Wuchererwesens wurde verlangt. Man solle sich nicht hängen lassen vor den Beuten am Scherzland und Proletariat. Die Massen verlangten praktischen Sozialismus und praktische Demokratie. Die Wahlen zur Volkstammer müßten zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden. Er ersuchte um Annahme der Chemnitzer Resolution, als der Entscheidung der rechten Sozialdemokratie. (Der Antrag enthält die vom Redner vorgetragenen Gesichtspunkte.)
Hänisch-Dittschelbe forderte ebenfalls die Demokratisierung der Verwaltung. Volkstammesmitglied Felix-Chemnitz verneinte die Frage, daß die Partei zur Zeit das volle Vertrauen der Arbeitermassen genosse. Die Festen des Proletariats sind die, die jetzt die Einheitsfront des Proletariats herzustellen suchen. Diese Leute sind in unserer Partei. Es gilt die Unzufriedenheit wieder zu gewinnen, die aus Unmut über den Mangel an positiver Arbeit sich abgewandt haben. Die Koalition im Reich ist eine ungeeignete; die Demokraten sind unsere bittersten Feinde in unseren wirtschaftlichen Fragen. Das Zentrum ist unser Feind in unseren Kulturforderungen.
Roske-Chemnitz — der frühere Reichswehrminister: Man soll im fernbleiben mit der Ultrafölogie der Einheitsfront des Proletariats. Bis wir in Deutschland wieder einigermaßen geordnete Zustände haben, wird noch manche Ministergarnitur verbraucht werden. Er habe nie einen Fätsch von rechts für unmöglich gehalten — aber für völlig ausichtslos. Und dies ist eingetroffen. Nichts brauchen unsere Arbeiter heute notwendiger, als nichternte Ueberzeugung. Was meine Chemnitzer Freunde tun, sind nichts anderes als die natürlichen Fehler der russischen Revolution. Reizt den Mund nicht so voll mit Gütern, Ber-